

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
e-mail: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 29.06.2010

AN/1306/2010

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	13.07.2010

Maßnahmen zur Versorgung des starken Abschlussjahrgangs 2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion DIE LINKE. bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 13.7.2010 zu setzen:

Im Jahr 2013 werden durch die Verkürzung des Gymnasiums auf 12 Jahre zwei Abiturjahrgänge die Schule abschließen. In diesem Jahr brauchen doppelt so viele Abiturienten wie üblich Plätze an den Universitäten, den Berufskollegs oder in Ausbildungsbetrieben. Bildungseinrichtungen müssen dafür Vorbereitungen treffen und entsprechende Finanzmittel zur Verfügung haben. Köln braucht frühzeitig Konzepte der verschiedenen Akteure, wie mit diesem verstärkten Andrang umgegangen werden kann.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln fordert die neue Landesregierung auf, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen, damit die Universität, die Fachhochschulen und die Berufskollegs mehr Plätze ohne Qualitätsverlust der Ausbildung bereitstellen können.

2. Der Rat der Stadt Köln fordert die Kammern auf, darauf hinzuwirken, dass die Betriebe im Kölner Raum genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und die Betriebe in dieser Aufgabe unterstützen.
3. Das im Kommunalen Bündnis für Arbeit vertretene Wirtschaftsdezernat wird angewiesen, sich in diesem Gremium für die frühzeitige Entwicklung von Lösungsansätzen zu engagieren. Es soll insbesondere auch sicherstellen, dass eventuelle Verdrängungseffekte von Real-, Haupt- und Förderschülern auf dem Ausbildungsmarkt durch die ungewöhnlich hohe Zahl von Abiturienten so gut wie möglich abgemildert werden.
4. Die Stadt, ihre Eigenbetriebe sowie die städtischen Beteiligungsgesellschaften sollen die besondere Situation des Jahres 2013 in ihren Ausbildungsplanungen berücksichtigen.
5. Um eine bessere Information der Politik sicherzustellen, berichtet die Verwaltung mindestens halbjährlich im Wirtschaftsausschuss über die Ergebnisse der Arbeit des Kommunalen Bündnisses für Arbeit. Die Fortschreibung des Kölner Ausbildungsberichtes von 2006 wird dem Rat bzw. den Ausschüssen zur Kenntnis gegeben.

Begründung:

Konzepte, die sowohl eine Verknappung der Lehrstellen verhindern, als auch die Qualität universitärer und schulischer Ausbildung bei gestiegenem Platzbedarf sichern, müssen frühzeitig von allen Akteuren entwickelt werden, um erfolgreich zu sein. Dabei darf sich weder das Land seinen finanziellen Verpflichtungen entziehen, noch die Bildungs- und Arbeitsmarktakeure ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Die Politik muss zeitnah informiert werden, um gegebenenfalls Steuerungsmöglichkeiten der Stadt, etwa über die Ausbildung in der Verwaltung, den Eigenbetrieben und den Beteiligungsgesellschaften zu ergreifen.

Einerseits müssen für die Ausbildungssuchenden unter den Abiturienten mehr Lehrstellen bereit gestellt werden, um alle zu versorgen. Das verschärft andererseits die Situation für Real-, Haupt- und Förderschüler weiter, die darunter leiden, dass ihre Abschlüsse für die Arbeitgeber zunehmend unattraktiver werden, weil immer mehr Abiturienten eine Ausbildung beginnen.

Die Erstellung eines Ausbildungsberichtes wurde 2006 vom Rat beschlossen. Der im selben Jahr vom Bündnis vorgelegte Ausbildungsbericht wurde noch dem Rat zur Kenntnis gegeben. Auch die Fortschreibungen bieten den Ratsmitgliedern wertvolle Informationen über Steuerungsmöglichkeiten und sollen deshalb den zuständigen Fachpolitikern zur Kenntnis gelangen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

gez.

Jörg Detjen
(Fraktionssprecher)

Gisela Stahlhofen
(Fraktionssprecherin)